



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur

Europäische und internationale Aktivitäten der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Jahr 2017

I. Einleitung

Gemäß Abschnitt VIII Nr. 5 der Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung (Landtags-Informationsvereinbarung - LIV) vom 15. April 2005 übermittelt die Landesregierung dem Landtag jährlich vorausschauend einen Bericht über ihre europäischen und internationalen Aktivitäten.

Dieser Bericht baut auf der Europa- und Internationalisierungsstrategie „Europäisch und welttoffen – für die Zukunft unseres Landes - *Europäische und internationale Zielstellungen der Landesregierung für die 7. Legislaturperiode*“ auf. Er beschreibt die zur Umsetzung der Strategie im Jahr 2017 durch die einzelnen Ressorts zu ergreifenden Maßnahmen. Dabei handelt es sich um Maßnahmen der bilateralen und multilateralen interregionalen Zusammenarbeit, Maßnahmen zur Umsetzung der europapolitischen Zielstellungen sowie die Berücksichtigung der Schwerpunkte der aktuellen Legislativ- und Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission und des Rates, die für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sind. In der Anlage zum Bericht sind die Schwerpunkte der Ressorts zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 mit den Vorhaben, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, tabellarisch aufgeführt.

II. Schwerpunktvorhaben im Zusammenhang mit den Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission und des Rates

Durch die 2016 in Kraft getretene Interinstitutionelle Vereinbarung (IIV) zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament wurde die Zusammenarbeit der europäischen Institutionen bei der Planung des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission auf eine neue Grundlage gestellt. Bei dem am 25. Oktober 2016 von der Europäischen Kommission vorgelegten Arbeitsprogramm 2017 „Für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt“ handelt es sich um das erste Jahresarbeitsprogramm, das nach dem neuen Verfahren zustande kam.

Dem Arbeitsprogramm 2017 liegen – wie in den Vorjahren – die zehn Prioritäten der politischen Leitlinien der Juncker-Kommission zu Grunde. Stärkere Aufmerksamkeit will die Kommission 2017 auf die operative Arbeit richten. Im Mittelpunkt sollen dabei u. a. die ordnungsgemäße Anwendung und Durchsetzung bestehender europäischer Rechtsvorschriften, die Beschleunigung der Arbeit des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen und die Beseitigung von Investitionshemmnissen sowie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der politischen Ziele der Union stehen.

Auf dieser Grundlage nimmt die Kommission eine ehrgeizige Legislativagenda in Aussicht. So umfasst das Arbeitsprogramm 21 Schlüsselinitiativen zur Untersetzung der politischen Prioritäten der Kommission, die nach dem Willen der Kommission der sichtbarste Ausdruck der Erneuerungsbestrebungen im Vorfeld des 60. Jahrestages der Römischen Verträge im März 2017 sein sollen. Vorgesehen sind u. a. folgende Vorhaben:

- **Initiative im Jugendbereich:** Beabsichtigt sind hier beispielsweise die Schaffung eines Europäischen Solidaritätskorps, Maßnahmen zur Umsetzung der jugendspezifischen Aspekte der Europäischen Agenda für neue Kompetenzen, darunter ein Qualitätsrahmen für Berufsausbildungen sowie ein Vorschlag zur Verbesserung der Mobilität von Auszubildenden.
- **Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft:** Die Initiative soll eine Strategie für die Verwendung, das Recycling und die Wiederverwendung von Kunststoffen, Mindestqualitätsanforderungen an wiederverwendetes Wasser, eine Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie und einen Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft umfassen.
- **Finanzrahmen für die Zeit nach 2020:** Im Anschluss an die kürzlich vorgelegte Halbzeitüberprüfung des laufenden Mehrjährigen Finanzrahmens beabsichtigt die Kommission die Vorlage der finanziellen Vorausschau für die Zeit nach 2020 einschließlich eines Vorschlags zu den Eigenmitteln.
- **Siebter Kohäsionsbericht:** Gemäß Art. 175 AEUV erstattet die Kommission alle drei Jahre Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts. Dem für Herbst 2017 erwarteten Bericht werden voraussichtlich erste Vorschläge zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 beigefügt sein.
- **Umsetzung der Strategie für die Energieunion: emissionsarme Reisen und Mobilität:** Angekündigt sind hier mehrere Vorschläge für Rechtsvorschriften in Umsetzung des Aktionsplans für emissionsarme Mobilität, so etwa Strategien für den Zeitraum nach 2020 für PKW/Kleintransporter, LKW, Busse und Reisebusse.

- **Umsetzung der Binnenmarktstrategie:** Die Umsetzung der Binnenmarktstrategie bildet einen Schwerpunkt des Arbeitsprogramms 2017. Vorgesehen ist eine Reihe von Vorschlägen, so etwa die Überarbeitung der Rechtsvorschriften für den Warenverkehr, Maßnahmen für eine bessere Durchsetzung der Binnenmarktregeln im Rahmen eines breiten Durchsetzungspakets mit Vorschlägen für ein zentrales digitales Zugangstor und für ein Marktinformationsinstrument für den Binnenmarkt sowie der Ausbau von SOLVIT.
- **Eine starke EU auf Basis einer soliden Wirtschafts- und Währungsunion:** Ein Weißbuch über die Zukunft der EU soll sich mit Maßnahmen zur Reform der EU mit 27 Mitgliedstaaten sechzig Jahre nach den Römischen Verträgen und mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion befassen. Die Initiative wird auch die Überprüfung des Europäischen Finanzaufsichtssystems einschließen.
- **Europäische Säule sozialer Rechte:** Diese Initiative umfasst einen Vorschlag zur Schaffung einer Säule sozialer Rechte und Vorhaben in damit verbundenen Bereichen.
- Bezüglich der **Strategie für einen digitalen Binnenmarkt** und der **Europäischen Migrationsagenda** sieht das Arbeitsprogramm eine Halbzeitüberprüfung vor.

Das Bestreben nach besserer Rechtsetzung bleibt ein wichtiges Anliegen der Kommission. So enthält das Arbeitsprogramm für 2017 insgesamt 18 Vorschläge für legislative Maßnahmen, die auf die laufende Überprüfung der europäischen Rechtsvorschriften auf Wirksamkeit, Zweckmäßigkeit und konkreten Mehrwert zurückgehen und im Rahmen des REFIT-Programms angenommen werden sollen. 19 derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindliche Vorschläge sollen zurückgezogen und 16 bestehende Legislativakte sollen aufgehoben werden. Darüber hinaus benennt die Kommission 35 im Gesetzgebungsverfahren befindliche Vorschläge, die aus ihrer Sicht prioritär zu behandeln sind.

Aus den Schwerpunktvorhaben der Europäischen Kommission für 2017 hat die Landesregierung sieben Vorhaben ausgewählt, die für das Land von besonderer Bedeutung sind. Die ausgewählten Vorhaben sind diesem Bericht als Anlage beigefügt.

III. Maßnahmen der Ressorts zur Umsetzung der europäischen und internationalen Zielstellungen der Landesregierung

Zur Umsetzung der europäischen und internationalen Zielstellungen der Landesregierung werden die Ressorts im Jahr 2017 folgende Maßnahmen ergreifen:

III.1 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Stärkung der Internationalität und der Europafähigkeit der Landesverwaltung

Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur bietet zur Stärkung der Europakompetenz der Landesbediensteten auch weiterhin im Rahmen des strategischen qualitativen Personalmanagements die europabezogene Qualifizierungsmaßnahme "SACHSEN-ANHALT stark in EUROPA" an. Die Maßnahme wird 2017 mit Führungskräften des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration fortgesetzt. Zudem wird das Programm 2017 um ressortübergreifende themenorientierte Seminar- und Informationsreisen für Führungskräfte der obersten Landesbehörden nach Brüssel erweitert. Geplant sind Vorträge und Diskussionen mit Vertretern der Europäischen Institutionen zum Schwerpunktthema Personal. Die Seminar- und Informationsreisen werden in einem jeweils halbtägigen Workshop vor- und nachbereitet.

Zur Unterstützung des Auf- und Ausbaus sowie der weiteren Pflege der internationalen Beziehungen des Landes bietet die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur im Rahmen des strategischen qualitativen Personalmanagements für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte der Landesverwaltung auch in 2017 Trainings zur Interkulturellen Kompetenz an.

Die Sprachintensivkurse in Business English für Führungs- und Nachwuchsführungskräfte werden 2017 ebenso fortgeführt wie das Hospitanz-Programm Europa. 2016/2017 hospitiert ein Mitarbeiter des Ministeriums für Inneres und Sport bei der Landesvertretung.

Ferner unterstützt und koordiniert die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur auch 2017 länderübergreifende Programme zur Stärkung der Europakompetenz (ERASMUS-Programm, NSBW¹-Programm, END²-Programm, Länderbeobachter).

¹ Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung

² Abgeordnete nationale Sachverständige

Regionalpartnerschaften

Mit den beiden Partnerregionen Masowien und Centre-Val de Loire werden der intensive fachliche Austausch fortgesetzt und weitere Gespräche über ergänzende Kooperationen geführt.

Beispielhaft zu nennen ist für 2017 der vorgesehene Start eines gemeinsamen Projektes mit der Region Centre-Val de Loire im Rahmen des internationalen Freiwilligendienstes. Zunächst jeweils drei Jugendliche werden die Möglichkeit haben, in Verwaltungen, Kommunen bzw. Vereinen der jeweils anderen Region für acht Monate tätig zu sein.

Vom 25. bis 28. März 2017 ist ein Treffen von Kommunalvertretern und Partnerschaftsvereinen in der Region Centre-Val de Loire geplant, die mit Städten in Sachsen-Anhalt aktive Partnerschaften unterhalten. Dieser Besuch bettet sich ein in eine Reise einer Delegation aus Sachsen-Anhalt, die Erfahrungen der Partnerregion zu den Themen Hochwasserschutz sowie Wasser- und Abwasserprojekte kennenlernen will (s. dazu unter Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie).

Zu Aktivitäten des Ministeriums für Bildung mit der Region Centre-Val de Loire wird auf das dortige Kapitel verwiesen.

Es ist vorgesehen, Repräsentanten der Partnerregionen zu den Feierlichkeiten „500 Jahre Reformation“ nach Sachsen-Anhalt einzuladen.

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union

Die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel ist auch 2017 darauf gerichtet, zielorientiert die für das Land relevanten politischen Entwicklungen in den Gremien der Europäischen Union zu beobachten und zu bewerten sowie durch entsprechende Vorfeldarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Fachressorts Landesinteressen zu wahren und Projektideen aus dem Land zu unterstützen.

Ihre Arbeit zielt darauf ab, bereits weit vor den eigentlichen Entscheidungen der EU-Institutionen deren Sichtweise und Meinungsbildung in den für das Land prioritären Bereichen im Sinne Sachsens-Anhalts zu beeinflussen. Ein Schwerpunkt wird 2017 die Zukunft der europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik nach 2020 sein. Hierzu erarbeitet Staatssekretär Dr. Michael Schneider eine Initiativstellungnahme im Ausschuss der Regionen, die von der Landesvertretung auf Expertenebene begleitet wird.

Die Landesvertretung nutzt die regionalen Netzwerke, um Akteure des Landes bei der Entwicklung von Kooperationsprojekten zu unterstützen und Erfahrungen auszutauschen.

Sie wird 2017 vor allem in den Netzwerken ERRIN (European Regions Research and Innovation Network) und DCRN (Demographic Change Regions Network) aktiv sein.

Die Landesvertretung repräsentiert das Land in Brüssel als Region mit einer reichen europäischen Tradition und wirbt im Rahmen von Veranstaltungen für die Anliegen des Landes. Sie ist Gastgeber für kulturelle Events und Ausstellungen sowie für Fachtagungen, Diskussionen und Gesprächsrunden zu europäischen Themen. 2017 wird dabei unter anderem das Reformationsjubiläum – auch im Rahmen des jährlichen Sommerfestes der Landesvertretung - im Fokus stehen.

Die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU wird aktiv die Stärkung der Europafähigkeit der Landesverwaltung durch Maßnahmen in Brüssel unterstützen.

Die Landesvertretung wird auch 2017 Anlaufstelle für Europainteressierte aus Sachsen-Anhalt – z. B. Gruppen von Schülerinnen und Schülern – sein und sie durch Informationsprogramme für unterschiedliche Zielgruppen unterstützen. Geplant ist die erneute Durchführung eines Programms für EU-Forschungsmultiplikatorinnen und -multiplikatoren.

Im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit wird die Landesvertretung mit dem EU-Wochenspiegel weiterhin regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Politik informieren.

Europapolitische Information und Öffentlichkeitsarbeit

Die Europawoche wird auch 2017 einen Schwerpunkt der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit bilden. Sie findet vom 5. bis 14. Mai 2017 statt. In bewährter Weise werden in die Europawoche 2017 auch Veranstaltungen einbezogen, die in zeitlicher Nähe zu dieser stattfinden. Darin eingebettet werden nachgefragte Veranstaltungsformate wie das Jugendevent „Europa geht weiter“ und der EU-Schulprojekttag am und um den 22. Mai 2017 ebenfalls wieder durchgeführt werden. Themenschwerpunkte sind u. a. die Zukunft der EU und Bezüge zu Sachsen-Anhalt sowie Jubiläen wie „60 Jahre Römische Verträge“ und „25 Jahre ERASMUS“.

Der Europa.Medien.Preis wird 2017 in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesmedienanstalt ebenfalls wieder ausgelobt.

Darüber hinaus ist für 2017 die Auftaktveranstaltung für eine Bürgerdialogreihe zu europäischen Themen in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur vorgesehen.

Durch die EU-Beratungsstellen werden fortlaufend Informationen zu den EU-Förderprogrammen und den aktuellen Ausschreibungen in der Förderperiode 2014-2020 angeboten.

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wird die Förderung von Projekten zur Förderung des Europagedankens fortgesetzt. Dabei werden vorrangig Projekte unterstützt, die ihrerseits Drittmittel beispielsweise aus Programmen der EU einwerben und somit den Einsatz der Landesmittel verstärken.

Während des ganzen Jahres werden Informationsangebote zu aktuellen europäischen Themen auf den Seiten des Europaportals www.europa.sachsen-anhalt.de bereitgehalten.

Kultur

Die Stiftung Bauhaus Dessau setzt 2017 ihre enge Zusammenarbeit mit Partnern aus Israel fort und es gibt – auch im Kontext des Bauhausjubiläums 2019 – verschiedene gemeinsame Projekte, in die die Stiftung involviert ist. Die Stiftungsdirektorin, Frau Dr. Claudia Perren, ist z. B. über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in das Projekt „Weiße Stadt Tel Aviv“ zur Vorbereitung des Bauhausjubiläums 2019 in Israel eingebunden. Sie wirkt als Mitglied im deutsch-israelischen Fachbeirat zu diesem Projekt mit.

Weiterhin unterstützt die Stiftung durch die Mitwirkung in einer Jury die Sanierung und den Aufbau eines Denkmalschutzzentrums im Max Liebling Haus in Tel Aviv.

Die Ausstellung „Migrant Bauhaus“ (Gemeinschaftsprojekt der Bauhauskooperation mit dem Goethe-Institut) wird auch in Israel gezeigt, und für die Ausstellung zum Handwerk 2017 arbeitet die Bauhaus-Akademie mit der schwedischen Co-Kuratorin Renee Padt und dem englischen Ausstellungsdesignteam Plaid London zusammen.

Über das Traineeship-Programm ERASMUS beschäftigt die Stiftung von Oktober 2016 bis Oktober 2017 gemeinsam mit der Universität Rijeka (Kroatien) eine Assistenz für Archiv-, Ausstellungs- und Publikationsprojekte.

Die Franckeschen Stiftungen zu Halle planen, 2017 ihre Wanderausstellung in der Nationalbibliothek Riga (Lettland) zu präsentieren. Die Deutsch-Polnische Begegnungsreihe des Projektes „Halle und Züllichau als pietistische Bildungseinrichtungen“ soll 2017 in Halle und dann folgend 2018 in Cieszyn durchgeführt werden.

Die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz möchte 2017 die Kooperation mit dem Königlichen Hausarchiv (Koninklijk Huisarchieff) und mit den Königlichen Kunstsammlungen in Den Haag (Niederlande) wiederbeleben. Ein wichtiges von der Schirmherrin, der damaligen Königin Beatrix, unterstütztes Projekt war die Summer School, die dreimal (2011, 2012, 2013) für vier Wochen im Schloss Oranienbaum stattfand und 2017 neu aufgelegt werden

soll. Beteiligt waren zu gleichen Teilen deutsche und niederländische Studierende und Hochschulabsolventen im Fach Restaurierung aus Dresden, Potsdam, Stuttgart und Amsterdam.

Zu den Aktivitäten der Stiftung Luthergedenkstätten gehören in 2017:

- der Internationale Lutherforschungskongress mit ca. 200 Teilnehmern im August 2017 in Lutherstadt Wittenberg,
- die Fortführung der Ausstellung „Here I stand“ in den USA,
- die Durchführung Ungarischer Kulturtage in Lutherstadt Wittenberg in enger Kooperation mit der Evangelischen Universität Budapest und der Evangelisch-Lutherischen Kirche Ungarn.

Im Bereich Literatur befindet sich für Anfang Mai 2017 eine Veranstaltung des Friedrich-Bödecker-Kreises e.V. (FBK) in der Landesvertretung in Brüssel in Vorbereitung. Während dieser Veranstaltung soll das Sonderheft der Literaturzeitschrift des Landes „Ort der Augen“ zum Thema Luther präsentiert werden.

Im Rahmen der „Interlese 2017“ – einer Veranstaltungsreihe des FBK – werden Autoren aus Armenien zu Lesungen in Sachsen-Anhalt zu Gast sein.

Mit der Autonomen Gemeinschaft Valencia (Spanien) fanden 2016 Gespräche mehrerer Kultureinrichtungen des Landes über künftige Kooperationen statt. Diese Gespräche werden mit dem Ziel fortgeführt, noch in 2017 gemeinsame Vorhaben auf den Weg zu bringen. So ist die Vergabe eines Künstlerstipendiums für einen Aufenthalt in Valencia durch die Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt in der Prüfung. Weiterhin stehen der Austausch von Klangkörpern und Chören auf der Agenda. Beteiligt sind aus Sachsen-Anhalt das Kurt-Weill-Fest, die Händelfestspiele, die Staatskapelle Halle und das Kunstmuseum Moritzburg in Halle.

Mit dem Programm „Sachsen-Anhalt verbindet – Das IB Darlehens- und Avalprogramm zur Unterstützung von EU-Aktionsförderprogrammen“ soll Kultureinrichtungen die Möglichkeit eröffnet werden, verstärkt Mittel bei der EU einwerben zu können.

III.2 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Jugendaustausch

Sachsen-Anhalt unterstützt auch 2017 durch Bereitstellung eigener Fördermittel alle nachhaltigen Formen des internationalen Jugendaustausches. Genannt sei beispielsweise das Eurocamp der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V., das 2017 nach derzeiti-

gen Planungen im Landkreis Mansfeld-Südharz stattfinden soll. Auch die deutsch-israelische Jugendbegegnung der Sportjugend verfolgt das Ziel, Lernprozesse zu initiieren, die möglichst nachhaltig die Toleranz und den Abbau von Vorurteilen fördern und die für die Lebensumstände, die aktuelle politische Entwicklung, die Geschichte und Kultur des Partnerlandes genauso wie für das eigene Land sensibilisieren sollen. Die Sportjugend plant außerdem eine multilaterale Jugendbegegnung, zu der Teilnehmende aus Polen, Ungarn, der Slowakei, Lettland, Litauen, Frankreich und Tschechien erwartet werden. Das Projekt „Sport für alle“ leistet einen Beitrag zum Europa-2020-Ziel „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ sowie zu Handlungsfeldern der EU-Jugendstrategie.

Auch mit dem geplanten Projekt der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. „Fachkräfteaustausch Israel - Palästina“ sollen Zusammenarbeit und Austausch angeregt werden.

Darüber hinaus sind weitere Projekte geplant wie „Kommunikation ohne Ende“ der Deutschen Jugend in Europa oder „The old and new walls in Europe and Israel“ des Landesjugendwerkes der AWO Sachsen-Anhalt.

Um das Verständnis der europäischen Politik zu entwickeln und auszubauen und Jugendliche an europäischer Politik zu beteiligen, wird das Jugendevent der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. „Europa geht weiter...“ gefördert. Das Projekt ist Teil der Umsetzung des Strukturierten Dialogs der EU-Jugendstrategie in Sachsen-Anhalt. Die jungen Menschen erhalten durch lokale und regionale Treffen Gelegenheit, sich auszutauschen sowie aktiv mitzuwirken. Eine Gruppe von 60 bis 80 Jugendlichen wird über das Jahr 2017 europapolitische Themen erarbeiten und die Ergebnisse im September 2017 im Rahmen einer Studienfahrt in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel präsentieren.

Förderung interkultureller Kompetenz und Berufsorientierung

In Kooperation mit dem Europäischen Integrationsfonds unterstützt das Land seit 2011 das „Netzwerk Interkulturelle Bildung - Interkulturelle Öffnung“ in Trägerschaft der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e. V. und der Deutschen Angestelltenakademie. Dieses Projekt soll 2017 fortgeführt werden. Für den neu aufgelegten Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU wurde eine Weiterentwicklung beantragt, die erneut vom Land bis zum Jahr 2019 kofinanziert wird. Geplante Schwerpunkte des Projekts sind die Optimierung der Erstintegration von Zuwandernden, die Sensibilisierung der Aufnahmegesell-

schaft, die Etablierung einer Willkommenskultur im Land und die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Unionsbürgern und Drittstaatsangehörigen.

Eine zentrale Voraussetzung, um insbesondere die Arbeitsmarktpotenziale junger asylsuchender Menschen zu erschließen, ist eine frühe und erfolgreiche Integration in eine berufliche Ausbildung. Um dies zu unterstützen, soll ab 2017 das landesweite Berufsorientierungsprogramm BRAFO („Berufswahl richtig angehen – frühzeitig orientieren“) um Maßnahmen und Projekte ergänzt werden, die sich gezielt an junge Geflüchtete richten.

Das Programm kombiniert die klassischen Berufsorientierungsmaßnahmen mit Maßnahmen zur Sprachförderung im Rahmen sogen. Jugendintegrationskurse. Es werden zwei wichtige Handlungssäulen gefördert:

- Handlungssäule I: Es wird zunächst angestrebt, dass den Jugendlichen ein Sprachniveau von mindestens B1 im Rahmen von Jugendintegrationskursen vermittelt wird. Zusätzlich erfolgt die Auseinandersetzung mit der Kultur, der Geschichte, den politischen Werten des Grundgesetzes und der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie das Kennenlernen der ganzen Breite des deutschen Arbeitsmarktes, das handlungsorientierte Erproben von eigenen Interessen und Voraussetzungen für bestimmte Tätigkeiten und die Herausbildung eines kompetenzadäquaten Berufswunsches.
- Handlungssäule II: Die in den Einzelmaßnahmen gesammelten Erfahrungen sollen anschließend in ein didaktisches Konzept einschließlich eines Kompetenzerfassungsmodells überführt werden. Ziel ist es, eine Nachnutzung der bisherigen Erfahrungen in der weiterführenden Arbeit zur vertieften Berufsorientierung und zum Spracherwerb zu ermöglichen. Beispielsweise können die Erfahrungen und Gestaltungselemente des Landesberufsorientierungsprogramm BRAFO und/oder berufsvorbereitende Ausbildungsgänge an den Berufsschulen mittelfristig ergänzen.

Fachkräfte sichern – Fachkräftepotenziale erhöhen

Fachkräfte für die Unternehmen des Landes zu gewinnen, sie an das Land zu binden und ihre beruflichen Potenziale zu verbessern, ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Ziel, um die Folgen des demografischen Wandels für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Das Leitvorhaben zur Umsetzung dieser Ziele ist die Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“. Sie umfasst ein landesweit tätiges Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk für Fachkräfte und kleine und mittlere Unternehmen. Neben den Beratungsleistungen für Unternehmen und Fachkräfte zu individuellen und betrieblichen Maßnahmen der Fachkräfte-

gewinnung, der Fachkräfte- und Beschäftigungssicherung in Sachsen-Anhalt ist auch die Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten und geflüchteten Fachkräften ein wichtiger Schwerpunkt. Hierbei arbeiten fünf Willkommensbegleiterinnen und Willkommensbegleiter gezielt daran, die Arbeitsmarkt- und Fachkräftepotenziale geflüchteter Menschen für Sachsen-Anhalt zu erschließen und ihre Arbeitsmarktintegration voranzutreiben. Die Landesinitiative wird kofinanziert aus Mitteln des ESF und des Landes Sachsen-Anhalt.

Armutsbekämpfung und soziale Teilhabe

Die mit dem Aufbau eines „Sozialen Arbeitsmarktes“ in Sachsen-Anhalt im Jahr 2016 begonnenen ESF-Projekte „Gesellschaftliche Teilhabe: Jobperspektive 58+“ werden im Jahr 2017 weitergeführt. Ergänzt wird das Konzept eines „Sozialen Arbeitsmarktes“ um weitere Komponenten, um Menschen mit größeren Vermittlungshemmnissen eine Chance auf Beschäftigung zu geben. Dabei werden auch auf Basis der Erfahrungen mit den Familienintegrationscoaches in den Projekten „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ soziale Angebote und Lösungen zur Strukturierung und Bewältigung des alltäglichen Lebens gemacht und öffentlich geförderte Beschäftigung begleitet.

Inklusion

Sachsen-Anhalt will die Inklusions- und Teilhabeziele der UN-Behindertenrechtskonvention nachhaltig umsetzen. Das Land hat daher aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ein Programm zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen aufgelegt, durch das die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Sachsen-Anhalt bei der Entwicklung eines örtlichen Teilhabemanagements finanziell unterstützt werden sollen. Im Rahmen dieses Programms wirken Teilhabemanagerinnen und -manager an der Entwicklung eines inklusiven Sozialraums mit. Sie sind mit der Entwicklung und Begleitung der Organisation und Umsetzung der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in ihrem Sozialraum betraut. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind über die Zielstellungen des sozialen Teilhabemanagements informiert worden. 2017 werden voraussichtlich in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Teilhabemanagerinnen und -manager in den Kommunen tätig sein.

Gleichstellung und Antidiskriminierung

Abbau von Diskriminierungen

Zum Abbau von Diskriminierungen in der Arbeitswelt und beim Arbeitsmarktzugang wird das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration mit Unterstützung der ESF-Förderung im Jahr 2017 eine Antidiskriminierungsstelle einrichten. Diese soll einerseits Menschen beraten, die im Ausbildungs- und Arbeitsbereich Diskriminierungserfahrungen gemacht haben und deren Erwerbspotenziale bisher ungenutzt bleiben mussten. Andererseits sollen Multiplikatoren und Unternehmen qualifiziert werden, um der sozialen Vielfalt und dem internationalisierten Arbeitsmarkt bspw. mit gezieltem Diversity-Management zu begegnen.

Stärkung von Demokratie und Vielfalt

Das Land hat sich mit dem im Jahr 2011 begonnenen Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu einer aktiven Stärkung der Weltoffenheit und zum Abbau von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekannt. Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung eine Fortsetzung und Stärkung des Landesprogramms verankert. Im Einzelnen soll der Förderetat in den kommenden Jahren erhöht werden und eine wissenschaftliche Evaluation des Programms erfolgen. Inhaltlich wird das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit im Jahr 2017 in einem dialogischen Verfahren mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden fortgeschrieben. Mit Bezug auf die Zunahme rassistischer und menschenverachtender Agitation im Land sowie der Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte wird das Landesprogramm entsprechend aktualisiert werden.

Wandel der Arbeitswelt – Sachsen-Anhalt im EU-Binnenmarkt

Die Digitalisierung des Binnenmarkts und der Arbeitswelt eröffnen neue Chancen und Herausforderungen für das Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration das Thema der Digitalisierung der Arbeitswelt in den Fachkräftesicherungspakt einzubinden. Im Rahmen des Dialogs der Landesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt wird die Arbeitsgruppe „Digitalisierung der Arbeitswelt“ ein fachliches und konkretes Forum bieten, um den Wandel der Arbeitswelt in Sachsen-Anhalt zu gestalten und zu begleiten.

III.3 Ministerium für Bildung

Damit Schule in Sachsen-Anhalt sich verstärkt dem Qualitätsanspruch der internationalen Bildung stellt, werden die allgemein- und berufsbildenden Einrichtungen des Landes – auch in Umsetzung der Empfehlung der KMK zur Europabildung – angehalten, im Rahmen ihres Schulprogramms einen Programmpunkt zur Europa- und internationalen Ausrichtung aufzunehmen und einen „Europäischen und internationalen Schulentwicklungsplan“ zu formulieren. Das Netzwerk der UNESCO-Projektschulen Sachsen-Anhalt beabsichtigt, hierzu im Jahr 2017 eine Fortbildung durchzuführen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Die Europaschulen des Landes Sachsen-Anhalt bilden eine starke Gemeinschaft und profitieren als aktives Netzwerk seit mehr als 20 Jahren vom gegenseitigen schulformübergreifenden Austausch. Im Schuljahr 2016/17 steht zum dritten Mal das Projekt BLICKE AUF EUROPA im Fokus der Netzwerkarbeit. Unter dem Thema „EUROPA WIRKT UND GEDEIHT“ sind Fotografien von bedeutsamen oder überraschenden, monumentalen oder bescheidenen, großen oder kleinen Objekten gesucht, die durch eine Förderung der Europäischen Union Unterstützung erfahren haben und die nah und fern, an zentralen und entlegenen Orten zu finden sind, nicht immer deutlich sichtbar, aber stets wirksam. Das Thema soll das Bewusstsein für die Vorteile der EU schärfen, und in der Gesamtheit soll ein Kaleidoskop an positiven BLICKEN AUF EUROPA entstehen.

Die besten Arbeiten der Schülerinnen und Schüler werden im Mai 2017 in einem Festakt gewürdigt, der gleichzeitig als Höhepunkt des Netzwerktreffens der Europaschulen zu verstehen ist. Dieses Treffen bietet mit Workshops, Vorlesungen, Seminaren, ggf. auch mit neuartigen Formaten, die Möglichkeit, europäischen Bezügen in Sachsen-Anhalt nachzuspüren.

Zur Erhöhung der internationalen Lernmobilität von Lehrkräften und zur Förderung von Innovation und Austausch guter Praxis werden weiterhin Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen zu den europäischen Bildungsprogrammen unter ERASMUS+ in Zusammenarbeit mit den bewährten Unterstützungssystemen außerhalb und innerhalb des Landes [Nationale Agentur im PAD³ und BIBB⁴, ERASMUS+-Moderatoren (Erhöhung der Anzahl von zwei auf vier beratende Lehrkräfte), Mobilitätsberaterinnen der Kammern, EU Service-Agentur, Europäisches Jugendkompetenzzentrum GOEUROPE!, Landesschulamt u. a.] durchgeführt.

³ Pädagogischer Austauschdienst

⁴ Bundesinstitut für Berufsbildung

Es werden weiterhin Maßnahmen zum transnationalen Austausch guter Praxis und zur Entwicklung von Fremdsprachen- und interkulturellen Kompetenzen (insbesondere bilaterale Schulpartnerschaften, internationale Projekt- und Austauschmaßnahmen, Einsatz ausländischer Fremdsprachenassistenten, Nutzung von Angeboten und Programmen der mit Polen, Frankreich und Russland bestehenden Jugendwerke) im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel unterstützt bzw. gefördert.

Projekte mit Partnerschulen in Europa, insbesondere mit den Partnerregionen des Landes, werden auch 2017 initiiert und durchgeführt. Hierbei soll auch die Zusammenarbeit auf Internet-Lernplattformen, z. B. eTwinning, genutzt werden. Über die Online-Zusammenarbeit mit Schulen in Centre-Val de Loire und in Armenien soll beispielsweise der Kontaktaufbau zu möglichen Partnern in Armenien erfolgen und ein eTwinning-Kontaktseminar unter Hinzuziehung von Schulen der östlichen Partnerschaft in Zusammenarbeit mit der Nationalen Agentur im PAD für eTwinning durchgeführt werden.

Für das 2018 geplante „Europäische Jahr des kulturellen Erbes“ soll bereits 2017 mit der Vorbereitung und Planung von Projekten zur Rolle des europäischen kulturellen Erbes bei der Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins für Geschichte und Identität begonnen werden. Die Schulen werden angehalten, eine entsprechende Schwerpunktsetzung in ihre Projektarbeit, insbesondere auch in die Schulaustauschprojekte mit ausländischen Partnern aufzunehmen.

Die zwischenstaatlichen oder europäischen Gedenktage oder Jahrestage mit Bezug auf Geschichte oder kulturelles Erbe, u. a. der Deutsch-Französische Tag, der Deutsch-Polnische Tag sowie der Holocaust-Gedenktag werden auch im Jahr 2017 ihre besondere Würdigung erfahren. So findet am Holocaustgedenktag, dem 27. Januar 2017, ein Schülerbegegnungsprojekt mit Schülerinnen und Schülern aus Sachsen-Anhalt und der Region Centre-Val de Loire in Pithiviers statt. Für April 2017 ist eine Fahrt der Erinnerung von Pithiviers über Berlin nach Bernburg und gemeinsam weiter nach Auschwitz geplant.

Das Schwerpunktprojekt der letzten beiden Jahre, „Pädagogik der Erinnerung“, wird in Zusammenarbeit mit Partnern in Centre-Val de Loire fortgeführt. Gemeinsame Webseiten zur Pädagogik der Erinnerung werden erarbeitet und ERASMUS+-Projekte (Frankreich, Sachsen-Anhalt, Polen unter Hinzuziehung einer armenischen Schule) vorbereitet. Außerdem soll das Projekt zur Demokratie und Partizipation mit Schulleiterinnen und Schulleitern aus Armenien seine Fortsetzung erfahren. Als zusätzliche Komponente ist seitens des Arbeitskreises „Schulpartnerschaften mit Armenien“ vorgesehen, armenische Schülerinnen und Schüler besser zu befähigen, Schülerinitiativen und ggf. auch Schülerfirmen in den Feldern Pädagogik, Kultur und Geschichte zu entwickeln. Diese Themen sollen auch

im Rahmen der für April 2017 auf Einladung des Bildungsministers der Republik Armenien vorgesehenen Reise von Herrn Minister Marco Tullner nach Armenien erörtert werden.

Im Rahmen der im Januar 2016 mit der Bethe-Stiftung zunächst auf zwei Jahre vereinbarten Kooperation werden weiterhin Schülerfahrten zu Gedenkstätten an den ehemaligen Vernichtungslagern im heutigen Polen stattfinden. Ferner wird angestrebt, die Kooperation mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu intensivieren und die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Vereinbarung des Ministeriums für Bildung mit Yad Vashem auf Grundlage der 2013 zwischen Yad Vashem und der Kultusministerkonferenz unterzeichneten Erklärung zu verabreden.

Die Integration von jungen Geflüchteten stellt auch die Schulen des Landes vor besondere Herausforderungen. Es sind tragfähige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Schulen und Eltern im Bereich der Beschulung und Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind zur Bewusstmachung europäischer Identität und Geschichte in Projekte und Programme, die diesem Zweck dienen, einzubeziehen. So kann die pädagogische Arbeit an außerschulischen historischen Lernorten hier einen Beitrag leisten. Es sind insbesondere gemeinsame Lern- und Kommunikationssituationen zum kulturellen Lernen und interkulturellen Austausch zu schaffen. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund können hier auch zur Stärkung der Bewusstmachung europäischer Identität und Geschichte beitragen.

Die Erreichung des Bildungsziels im Rahmen der Strategie Europa 2020⁵ wird im schulischen Bereich weiterhin mit dem ESF-finanzierten Programm „Schulerfolg sichern!“ unterstützt. Im Rahmen dieses Programms werden Zuwendungen für Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Schulerfolgs geleistet. Mit dem ESF-Programm Alphabetisierung/Grundbildung werden 2017 Menschen mit geringen Kompetenzen im Rahmen von 10 Projekten für den Arbeitsmarkt fit gemacht.

III.4 Ministerium der Finanzen

Das Land Sachsen-Anhalt wird – nicht zuletzt mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenbremse – auch 2017 den finanzpolitischen Schwerpunkt auf eine tragfähige und solide

⁵ Der Anteil der Schulabbrecher umfasst nicht die Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss, sondern diejenigen 18- bis 24-Jährigen, die keinen Abschluss des Sekundarbereichs II haben und sich nicht in (Aus-)Bildung befinden sowie in den letzten vier Wochen an keiner non-formalen Bildungsveranstaltung teilgenommen haben] soll auf unter 10 % zurückgehen, und 40 % der jungen Menschen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren.

Haushaltspolitik legen. Grundlage dafür sind die Anforderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Sachsen-Anhalt hält an der in § 18 der Landeshaushaltsordnung verankerten Regelung fest, in Zeiten einer konjunkturellen Normallage keine neuen Schulden aufzunehmen und hiervon nur in Notsituationen oder in Zeiten starker Konjunkturerinbrüche unter gleichzeitiger Aufstellung eines verbindlichen Tilgungsplans abzuweichen. Der Haushaltsplanentwurf 2017/2018 sieht für das Jahr 2017 eine Tilgung von 100 Mio. Euro vor.

Auch im Jahr 2017 wird die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Programme mit dem Ziel forciert, eine möglichst hohe Inanspruchnahme der verfügbaren EU-Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zu erreichen und den Leistungsrahmen auszuschöpfen. Dabei werden die Verwaltungsbehörden für die ESI-Fonds, die EU-VB EFRE/ESF und die EU-VB ELER, eng zusammenarbeiten.

Durch die aktive Vermarktung Sachsen-Anhalts als Kapitalmarktteilnehmer am internationalen und hier insbesondere am europäischen Kapitalmarkt (z. B. im Rahmen von Roadshows, der aktiven Teilnahme bei internationalen Konferenzen und an Investorengesprächen im In- und Ausland sowie der Durchführung von Bankensymposien) wird eine weitere Verbreiterung der Investorenbasis wie auch eine höhere Bekanntheit des Landes im Ausland erreicht und somit ein breiter und zuverlässiger Zugang zum Kapitalmarkt gewährleistet.

III.5 Ministerium für Inneres und Sport

EuroEastPolice Projekt

Seit 2014 befindet sich das EU-Projekt „EuroEast Police“ zugunsten der Länder der östlichen Partnerschaft (Aserbaidshjan, Armenien, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland) mit einer Projektlaufzeit von 48 Monaten und einem Budget von 5 Mio. Euro in der Umsetzung. Das Ende des Projekts ist auf den 14. März 2018 terminiert. Ziel des Projektes ist, den begünstigten Staaten der östlichen Partnerschaft einen Einblick zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung sowie zur nationalen und internationalen Zusammenarbeit in der EU zu geben.

Sachsen-Anhalt wird bei der Umsetzung des EU-Projektes das Bundeskriminalamt unterstützen. Nach derzeitiger Planung wird die Polizei Sachsen-Anhalt im Jahre 2017 in einem fünftägigen Workshop in Aserbaidshjan zum Thema „Combating Cybercrime“ referieren.

Europol-Verordnung

Am 1. Mai 2017 wird die neue Europol-Verordnung wirksam. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung und der schweren und organisierten Kriminalität werden die Befugnisse gestärkt und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten erhöht.

Für Sachsen-Anhalt ist im Rahmen der Ländervertretung zur Europol-Verordnung in den EU-Beratungsgremien die bis zum Wirksamwerden der Verordnung zu erfolgende Überführung des aktuell gültigen Europol-Ratsbeschlusses zur Europol-Verordnung von Bedeutung. Hierzu finden verschiedene Sitzungen in unterschiedlichen Beratungsgremien bei Europol statt. Auch ist zu erwarten, dass im Jahre 2017 die nationale Gesetzgebung angepasst wird (insbesondere das sog. Europol-Gesetz).

Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise gehört zu den zentralen Herausforderungen der Migrationspolitik, die gerade auch auf europäischer Ebene erhebliche Anstrengungen erforderlich macht. Die Europäische Kommission hat deshalb 2016 Vorschläge für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vorgelegt. Sachsen-Anhalt wird 2017 die bereits begonnene Beratung des Reformpakets, insbesondere über den Bundesrat und im Zusammenwirken mit den Beauftragten des Bundesrats in den zuständigen Arbeitsgremien des Rates, intensiv begleiten.

Europäische Migrationsagenda

Auch im kommenden Jahr werden für Sachsen-Anhalt die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Deckung des Fachkräftebedarfs ein wichtiges Thema sein. Es besteht daher ein erhebliches Interesse des Landes an einer weiteren Verbesserung der unionsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung von drittstaatsangehörigen Fachkräften und deren Familien. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt des Landes 2017 wird vor diesem Hintergrund die Begleitung der von der Kommission bereits auf den Weg gebrachten bzw. – insbesondere im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda – geplanten Initiativen im Bereich der legalen Migration sein. Wesentliches Anliegen wird es dabei sein, die Vorschriften, aufgrund derer sich Drittstaatsangehörige zum Zweck der Aufnahme einer Beschäftigung oder eines Studiums in der EU aufhalten können, zu straffen und zu vereinfachen.

III.6 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung plant 2017 Aktivitäten in den Bereichen Europäisches Zivilrecht, Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Justiz und Gleichstellung.

Europäisches Zivilrecht

Das digitale Vertragsrecht bildet einen Schwerpunkt der Arbeit in der laufenden Legislaturperiode. Weiterhin werden alle Möglichkeiten wahrgenommen, die auf EU-Ebene im Rahmen der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt mit höchster Priorität angestrebte Vollharmonisierung vertragsrechtlicher Regelungen für den Online-Warenhandel und die Bereitstellung digitaler Inhalte inhaltlich mitzugestalten. Wesentliches Ziel ist dabei, dass Arbeitsergebnisse der von Sachsen-Anhalt geleiteten Unterarbeitsgruppe „Digitales Vertragsrecht“, die innerhalb der von der 86. JMK eingerichteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Digitaler Neustart“ mit Fragen zum geltenden Vertragsrecht und zum legislatorischen Handlungsbedarf bei der Bereitstellung digitaler Inhalte befasst ist, in den auf EU-Ebene laufenden Verhandlungsprozess einfließen. Für die erste Jahreshälfte 2017 ist eine Sitzung der Unterarbeitsgruppe „Digitales Vertragsrecht“ in Brüssel geplant.

Es ist notwendig, die europäischen Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit bekannter zu machen. Dafür wird der Europäische Tag der Justiz genutzt, den der Europarat und die Europäische Kommission 2003 gemeinsam ins Leben gerufen haben. Er wird jedes Jahr am 25. Oktober begangen, in aller Regel durch Veranstaltungen, in denen Bürgerinnen und Bürgern die Justiz näher gebracht wird und sie über ihre Rechte informiert werden. Eine entsprechende Veranstaltung ist für den Herbst 2017 vorgesehen.

Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Justiz

Aus- und Fortbildung

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa entsendet das Ministerium für Justiz und Gleichstellung auch 2017 Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu Tagungen und Hospitationen ins europäische Ausland. Das European Judicial Training Network (EJTN), das von der Europäischen Kommission gefördert wird, koordiniert diese Auslandsaufenthalte. Die Justizbediensteten machen sich mit dem Rechtssystem des Gastlandes vertraut, sie werden für europarechtliche Aspekte ihrer Arbeit sensibilisiert, erweitern ihre Kenntnisse zu den Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit und verbessern ihre Sprachkenntnisse.

Das EJTN bietet auch Tagungen und Seminare zu europäischen oder grenzüberschreitenden Themen an. Daneben besteht für die Richterschaft die Möglichkeit, an nationalen Tagungen einzelner Mitgliedstaaten teilzunehmen, die in der Landessprache stattfinden. Es wird angestrebt, dass an beiden Angeboten auch 2017 Landesbedienstete partizipieren. Gemeinsames Lernen stärkt das Vertrauen.

Die in der Verantwortung des Landesjustizprüfungsamtes stehende Juristenausbildung in Sachsen-Anhalt soll auch im Jahr 2017 wichtige Grundlagen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Justiz legen. Dazu werden den Studierenden die Ableistung von Auslandssemestern, aber auch kurzzeitige Studienaufenthalte, insbesondere im europäischen Ausland, etwa im Rahmen des ERASMUS-Programms ermöglicht. Partnerschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit Hochschulen anderer europäischer Staaten, auch im außereuropäischen Ausland, befördern dies wesentlich. Die Ableistung von Studienpraktika in Teilen der Landesverwaltung, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Europarechts und der Europapolitik befassen, soll ebenso wie Studienpraktika im Ausland, etwa bei europäischen oder internationalen Organisationen, im kommenden Jahr stärker beworben werden.

Auch 2017 wird in einschlägigen Informationsveranstaltungen die Möglichkeit für Rechtsreferendarinnen und -referendare im Juristischen Vorbereitungsdienst des Landes beworben, bis zu fünf Monate der insgesamt zweijährigen Ausbildung im europäischen oder außereuropäischen Ausland oder bei Institutionen der Europäischen Union abzuleisten, zuzüglich der Ausbildungsstellen im Sachsen-Anhalt im Schwerpunktbereich Europarecht.

Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Sachsen-Anhalt können zudem zweimal jährlich an einem Programm zur Ausbildung deutscher Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in Frankreich teilnehmen. Im Rahmen dieser Seminare, die auch für das Jahr 2017 geplant sind, werden die Nachwuchsjuristinnen und -juristen mit der Tätigkeit der Anwälte und Richter in unserem Nachbarland und mit der französischen Rechtsterminologie vertraut gemacht. Weitere Programme, die das Landesjustizprüfungsamt gemeinsam mit dem Oberlandesgericht Naumburg unterstützt, sind etwa der von der Robert-Bosch-Stiftung initiierte und geförderte dreimonatige Japanaufenthalt.

Gerichtspartnerschaften

Einen Schwerpunkt legt das Oberlandesgericht auf die Vertiefung von Kooperationen bzw. Partnerschaften mit Oberlandesgerichten aus europäischen Nachbarländern. So sollen die bereits seit vielen Jahren bestehenden Kontakte zu den Richterkolleginnen und -kollegen sowie Kolleginnen und Kollegen der Anwaltschaft der Staatsanwaltschaft im englischen Exeter auch im kommenden Jahr weiter gepflegt und vertieft werden. Für Ok-

tober 2017 ist der Besuch einer Delegation von Richterkolleginnen und -kollegen aus dem Oberlandesgericht Naumburg in Exeter geplant.

In den vergangenen Jahren hat sich mit dem Oberlandesgericht Luxemburg eine nachhaltige Zusammenarbeit herausgebildet, die fortgeführt werden sollte.

Seit vielen Jahren besteht eine Partnerschaft mit dem Oberlandesgericht Linz (Österreich). Auch diese sollte fortgeführt werden.

Am 4. August 2016 hat eine Delegation norwegischer Richterkolleginnen und -kollegen dem Oberlandesgericht Naumburg einen Besuch abgestattet. Das Oberlandesgericht ist sehr daran interessiert, dass sich aus diesem ersten Besuch norwegischer Gäste eine neue Partnerschaft und fachliche Kooperation mit einem skandinavischen Oberlandesgericht entwickeln wird.

Bilateraler Austausch

In der Zeit vom 28. November 2016 bis zum 2. Februar 2017 ist das Oberlandesgericht Naumburg Gastgeber für fünf rumänische Richterkolleginnen und -kollegen vom Oberlandesgericht Suceava im Rahmen des EJTN-Austauschprogrammes. Ziel ist es, die in der Vergangenheit geknüpften Kontakte zu erneuern und die Partnerschaft auf eine neue fachliche Basis zu stellen.

Weiterentwicklung des Projektes JUROP

Im Rahmen des Netzwerkes der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte (JUROP), das auf eine Initiative des ehemaligen Präsidenten des OLG Naumburg, Herrn Winfried Schubert, zurückgeht, finden alle zwei Jahre Fachkonferenzen statt. Beabsichtigt ist, das Projekt im Jahr 2017 mit einer Veranstaltung in den Niederlanden fortzusetzen.

Gleichstellung

Im Bereich Gleichstellung fördert das Ministerium für Justiz und Gleichstellung die Umsetzung des Querschnittsziels Gleichstellung der Geschlechter als kontinuierlichen und systematischen Prozess in allen Phasen des Umsetzungsprozesses der EU-Fondsförderung und konkrete Maßnahmen. Im Jahr 2017 und den Folgejahren wird der Schwerpunkt auf der Umsetzung der in den Operationellen Programmen EFRE und ESF sowie im Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum getroffenen Festlegungen liegen.

Im Jahr 2017 und den Folgejahren soll der Prozess durch verschiedene Unterstützungsleistungen für relevante Zielgruppen begleitet werden, um insbesondere das Gender-

Wissen und die Gender-Kompetenz der Verantwortlichen in der Landesverwaltung und bei den Trägern zu erhöhen.

Zur Durchsetzung des Ziels der Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewährt das Land Sachsen-Anhalt in der EU-Förderperiode 2014-2020 Zuwendungen innerhalb der Aktion „Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteure zu Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung von Frauen“ für die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen:

- Erhöhung der Eingliederungschancen von Alleinerziehenden (MiKA - Mit Kind in Ausbildung, EddA – Erhöhung der Eingliederungschancen von Alleinerziehenden),
- Unterstützung und Förderung von Frauen in MINT-Berufen, darunter
 - o Förderung der Berufsorientierung für Schülerinnen ab der 11. Klasse und junge Frauen mit Hochschulzugangsberechtigung (Select MINT, Make up your MINT-praxisnah, interaktiv, multimedial, FEMININ – Frauen Entdecken Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaft) und
 - o Unterstützung von Karrieren von Frauen in ingenieur- und naturwissenschaftlichen Berufen (MeCoSA 4.0) sowie
- AGG Unterstützungsangebote und Maßnahmen (AGG-Netzwerkstelle, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz für Sachsen-Anhalt).

Für die Förderperiode 2014-2020 stehen insgesamt 6,25 Mio. Euro für die genannten Maßnahmen zur Verfügung.

III.7 Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Europäische territoriale Zusammenarbeit

Im Rahmen des Programms INTERREG Central Europe wurden in der ersten Antragsrunde die Projekte RUMOBIL (Federführung Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr) und ReSites (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr als Projektpartner) genehmigt.

Die Projektlaufzeit des INTERREG-Projekts RUMOBIL umfasst den Zeitraum von Juni 2016 bis Mai 2019. Insgesamt sind an dem Projekt 13 Partner aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Ungarn, Italien und Deutschland beteiligt, darunter Nahverkehrsagenturen, Bahnbetriebsgesellschaften, Verkehrsplanungsbüros, eine Universität sowie kommunale und regionale Verwaltungsträger. Ziel ist die Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze zur Anbindung ländlicher und vom demografischen Wandel besonders betroffene

ner Orte an überregionale öffentliche Verkehrswege sowie deren Übernahme in die Nahverkehrspläne der teilnehmenden Länder. Im Jahr 2017 werden in den verschiedenen Regionen die Pilotprojekte gestartet, die sich an den spezifischen Mobilitäts Herausforderungen vor Ort orientieren. Dabei geht es um einen besseren Informationsfluss und optimierte Angebote für die Fahrgäste. In Zusammenarbeit mit der NASA GmbH sollen in Sachsen-Anhalt dafür zwei neue Bürgerbusse etabliert werden. Neben den Pilotprojekten werden auch zwei weitere Treffen der Projektpartner im Februar sowie im November stattfinden. Die Ausrichtungsorte werden Zagreb (Kroatien) und Lutherstadt Wittenberg sein.

Um den künftigen Flächenverbrauch einzuschränken, stärkt das dreijährige INTERREG-Projekt „ReSites“ das Umweltmanagement von ungenutzten und unter Wert genutzten Industrieflächen. Nachhaltig sauberer, gesünder und lebenswerter sollen funktionale urbane Areale damit werden und eine machbare und wirksame Planung insbesondere durch mehr Wissen und verstärkte Ausführungskapazitäten sicherstellen. „ReSites“ wird seit dem 30. Juni 2016 umgesetzt. Im Jahr 2017 werden in den verschiedenen Regionen Pilotprojekte gestartet, die mit unterschiedlichen Ansätzen die Revitalisierung von Brachflächen beschleunigen sollen. Über sämtliche Prozessschritte der Revitalisierung sollen Arbeitsinstrumentarien insbesondere in der Verwaltung verbessert werden. Bei dem Pilotvorhaben in Magdeburg-Rothensee geht es dabei um die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von einschlägigen Informationen im Interesse aller Stakeholder in georeferenzierter Form.

Im Programm INTERREG Europe wurde das unter Federführung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr beantragte Projekt „SKILLS+“ bestätigt. Das Projekt zielt darauf ab, die Kompetenzen kleiner und mittelständischer Unternehmen, insbesondere im ländlichen Raum, im Umgang mit Kommunikations- und Informationstechnologien zu verbessern und ihnen somit die Möglichkeiten des digitalen Binnenmarktes und der digitalen Wirtschaft zu eröffnen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Erfahrungsaustausch mit internationalen Partnern (12 Partner aus 11 Ländern). Ergebnis von SKILLS+ soll u. a. die Erarbeitung eines Handbuchs mit Handlungsempfehlungen für Akteure aus Politik, öffentlicher Verwaltung sowie Wirtschaft und Wissenschaft sein, welches die Themenfelder Image, Ausbildung und Personalentwicklung/Personalentwicklungskonzepte umfasst. In 2017 finden Seminare zum Wissenstransfer und zu Best Practice-Erfahrungen mit den Projektpartnern statt.

Bereich Verkehr

Sachsen-Anhalt soll als leistungsfähiger Verkehrs- und Logistikstandort weiterentwickelt werden, um damit die Attraktivität des Landes für die Abwicklung der internationalen und europäischen Güter- und Personentransporte zu erhöhen.

Zu diesem Zweck wird die europäische Vision von einem energieeffizienten und emissionsarmen Verkehr in Sachsen-Anhalt als neues Ziel der Landesverkehrsplanung verankert und bildet einen Schwerpunkt sowohl bei der ÖPNV-Landesplanung als auch der IVS-Planung sowie einer künftigen „Landesstrategie Elektromobilität im Verkehr“.

Im Rahmen der EFRE-Förderung der EU-Förderperiode 2014-2020 können ab 2017 Fahrzeuge für den ÖPNV mit elektrischem oder gasförmigem Antrieb gefördert werden. Ebenso als EFRE-Förderung ist unter der Zielstellung der Verringerung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor die Unterstützung umweltfreundlicher Verkehrsträger durch Forschung, Einführung und Nutzung Intelligenter Verkehrssysteme geplant. Eine entsprechende Förderrichtlinie, die insbesondere auf den Ausbau der elektrischen Ladeinfrastruktur ausgerichtet ist, wird voraussichtlich ab Anfang 2017 in Kraft sein.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit des transeuropäischen Verkehrsnetzes wird die bundesweite Erweiterung von LKW-Stellplätzen fortgesetzt. Hierzu beabsichtigt das Land Sachsen-Anhalt, sich mit Parkplatzerweiterungen auf den Autobahnen A 2, A 9 und A 14 zu beteiligen.

Unter der Zielstellung „Greening the Transport“ werden im Logistikbereich in der laufenden EFRE-Periode 2014-2020 die Handlungsfelder „Entwicklung eines Container-Barge-Systems für die Elbe“ sowie „Entwicklung bzw. Einsatz innovativer und energieeffizienter Umschlagssysteme sowie logistischer Schnittstellen insbesondere in Verbindung mit dem Ausbau bzw. der Stärkung des kombinierten Verkehrs“ bearbeitet. Für beide Handlungsfelder sind Förderrichtlinien erarbeitet worden. Die Antragstellung für konkrete Projekte wird 2017 erfolgen.

Auch im verkehrlichen Bereich sollen die enormen Chancen, die Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung als Teil der europäischen Strategie der Weiterentwicklung Europas zu einem leistungsfähigen und im internationalen Maßstab konkurrenzfähigen Wirtschaftsraum bieten, genutzt werden. Daher wird sich das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr für eine umfassende Abdeckung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Verkehrsmittel mit WLAN einsetzen.

Stadtentwicklung

Im Jahr 2017 beginnt die neue Periode des Stadtumbaus bzw. der Stadtumbauförderung. Hierzu wurden 2016 die Städte ausgewählt, die Projekte mit finanzieller Unterstützung durch den EFRE umsetzen werden. Schwerpunkte werden dabei energetische Maßnahmen, die im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes den CO₂-Ausstoß mindern, Maßnahmen der Revitalisierung innerstädtischer Brachen im Sinne der Senkung des Flächenverbrauchs sowie Maßnahmen, die die Attraktivität der Städte verbessern helfen, sein.

III.8 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) wird im Jahr 2017 die internationalen Aktivitäten im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeiten fortsetzen und verstetigen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Stärkung des Landes Sachsen-Anhalt im europäischen und internationalen Raum zu leisten.

So soll im September 2017 wieder das Europadorf im Rahmen des Landeserntedankfestes im Magdeburger Elbuenpark stattfinden. Es hat sich als Anziehungspunkt für viele Besucherinnen und Besucher herauskristallisiert und als Bereicherung des Festes erwiesen.

Zu den Themen Hochwasserschutz und nachhaltiges Flussmanagement wurden zwischen der in der französischen Region Centre-Val de Loire zuständigen Einrichtung „Etablissement Public Loire“ und dem Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das MULE sowie den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, intensive Erfahrungsaustausche durchgeführt. Auf beiden Seiten besteht das Interesse, den Fachaus-tausch zu wasserwirtschaftlichen Themen fortzuführen. Hierzu findet im März 2017 eine Delegationsreise auf Fachebene in die Partnerregion statt.

Das MULE beabsichtigt ferner, mit den baltischen Ländern Estland und Litauen die in den vergangenen Jahren aufgebauten und bewährten fachlichen Beziehungen auch zukünftig weiter zu pflegen. Auf der Agenda steht vor allem die Aktualisierung der Gemeinsamen Erklärungen zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft aus dem Jahre 2006 im Lichte aktueller Erkenntnisse und Erfordernisse. Mit Litauen ist für Dezember 2017 wieder die schon traditionelle gemeinsame Adventsveranstaltung in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt in Berlin vorgesehen.

Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit mit dem Marschallamt der Wojewodschaft Ermland-Masuren (Polen) vom 3. Oktober 2014 ist am 9. März 2016 ein gemeinsamer Arbeitsplan auf Ministerebene unterzeichnet worden, der für 2017

u. a. einen Besuch von Vertretern des Welski Naturparks im Naturpark Drömling und einen Jugendaustausch vorsieht. Ferner wird das Marschallamt 2017 wieder zur Teilnahme am Landeserntedankfest in Magdeburg eingeladen. Das Marschallamt hat seinerseits angekündigt, das MULE zur Teilnahme am Erntedankfest 2017 in Ermland-Masuren einzuladen. Sofern es keine zeitlichen Überschneidungen mit dem Landeserntedankfest im September 2017 im Magdeburger Elbuenenpark gibt, wird das MULE eine Präsentation in Ermland-Masuren in Erwägung ziehen. Ein Treffen von Vertretern der Gemeinden Lidzbark und Oebisfelde-Weferlingen soll ebenfalls erfolgen. Für 2017 ist zudem ein Besuch von Frau Ministerin Prof. Dr. Dalbert in Ermland-Masuren vorgesehen. Die Stadt Arendsee wünscht den Aufbau einer Partnerschaft mit einer Stadt in Ermland-Masuren. Das MULE konnte mit Hilfe des Marschallamtes in Olsztyn/Allenstein inzwischen die Kommune Wydminy für eine Partnerschaft gewinnen. Die Realisierung des Vorhabens obliegt den beiden Kommunen.

Mit dem Kreis Iasi in Rumänien unterhält das MULE seit vielen Jahren enge fachliche Beziehungen. Im Rahmen der Mitwirkung an der Euroregion Sirut-Prut-Nistru ist das MULE gebeten worden, mit entsprechender Expertise zur Stärkung des ländlichen Raumes beizutragen und wird dies 2017 fortsetzen.

2017 ist die Fortführung des Projektes PiP (Pioneers into Practice) als gemeinsam mit der Autonomen Gemeinschaft Valencia entwickeltes und von MULE sowie der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt finanziell unterstütztes eigenständiges Vorhaben zum EU-Projekt Climate-KIC vorgesehen. Das Projekt soll als Plattform zur stärkeren internationalen Projektentwicklung und Vernetzung insbesondere in den Bereichen Klimaschutz/Ressourcen- und Energieeffizienz/Kreislaufwirtschaft dienen. Weiterhin ist im Jahr 2017 eine unterstützende Begleitung interregionaler Projekte zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und -schonung im Rahmen von EU-Programmen wie LIFE vorgesehen, deren Einzelheiten weiter zu definieren sind.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit wird 2017 unter dem Aspekt der Förderung aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds aus MULE-Sicht eine bessere Koordination dieser Fonds mit Bundes- und EU-Förderprogrammen und hier speziell mit Blick auf die im Rahmen des PiP-Projektes entwickelten innovativen Projektideen angestrebt.

Das MULE wird 2017 seine Mitwirkung im ENCORE-Netzwerk⁶ fortführen. Bayern, das Vorsitzland für ENCORE in Deutschland, wird in 2017 zu einer Beratung auf Arbeitsebene

⁶ ENCORE ist ein Netzwerk europäischer Umweltregionen zur Stärkung des Umweltschutzes in entsprechend relevanten Bereichen und beruht auf der Charta von Valencia aus dem Jahre 1995.

einladen, um die weiteren fachlichen Einzelmaßnahmen auf diesem Gebiet mit den Ländern abzustimmen.

MULE verfügt über Erfahrungen mit dem Behördenpartnerschaftsprogramm Twinning und wird sich 2017 um die Einwerbung von Twinning-Projekten im europäischen Wettbewerb bemühen. Die Republik Litauen ist bereits an einer Zusammenarbeit mit dem MULE im Rahmen einer Kooperation mit der Republik Moldau interessiert.

Das Leader-Programm ist ein wichtiges und erfolgreiches Instrument zur Stärkung und Entwicklung des ländlichen Raumes. Das MULE hat Verbindungen zwischen dem Kreis Trakai (Litauen) und dem Kreis Stendal (Region Elb-Havel-Winkel) hergestellt, um die Voraussetzungen für ein gemeinsames Leader-Projekt im Jahr 2017 zu schaffen.

Der Gouverneur des Bundesstaates Osun in Nigeria, Herr Ogbeni Rauf Aregbesola, hat die Absicht, sich am 23. Januar 2017 anlässlich des Sachsen-Anhalt-Abends im Rahmen der Internationalen Grünen Woche Berlin für die umfangreiche Unterstützung des Landes Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung junger landwirtschaftlicher Praktikantinnen und Praktikanten zu bedanken. MULE ist bereit, konkrete Vorhaben auch 2017 umzusetzen, die allerdings noch einer Konkretisierung bedürfen.

Die Republik Namibia hat namens des Botschafters, S. E. Herr Andreas Guibeb, die Absicht unterstrichen, mit dem Land Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet der Landwirtschaft exklusiv zu kooperieren. Die politischen Weichenstellungen konnten hierzu inzwischen vorgenommen werden. Das MULE wird die geplante Zusammenarbeit aktiv unterstützen. Allerdings ist die Frage der Finanzierung der Kooperation noch offen. Für 2017 ist der Besuch einer Delegation des namibischen Landwirtschaftsministeriums in Sachsen-Anhalt vorgesehen, um sich hier vor dem Hintergrund des Aufbaus der bilateralen Kooperation mit den Modalitäten der Land- und Ernährungswirtschaft vertraut zu machen.

Die Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt strebt gemeinsam mit dem Bauernverband Sachsen-Anhalt eine Kooperation mit der Mongolei auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Ausbildung an. Das MULE ist bereit, die Kooperation zu begleiten und zu unterstützen, sofern dies gewünscht und als erforderlich erachtet wird.

Eine innovative EU-Agrarpolitik ist eng mit der europäischen Politik für den ländlichen Raum verbunden. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist an die Erfüllung konkreter nachhaltiger, also ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Leistungen zu binden. Dafür wird sich das MULE im Jahr 2017 auf europäischer Ebene einsetzen. Parallel dazu sind Anstrengungen für eine Verwaltungsvereinfachung fortzusetzen.

2017 erfolgt die Fortsetzung und Vertiefung der mit dem LIFE+-Projekt „Best4VarioUse“ sowie den beiden im Rahmen des EFRE geförderten Projekten zur Biomasselogistik erfolgreich eingeleiteten interregionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Biomasselogistik und Kreislauf-/Ressourcenwirtschaft insbesondere mit den Regionen Valencia und Masowien sowie eine gezielte Einbeziehung weiterer für das Land attraktiver Partner aus der EU. Ziel der Kooperation ist ein effizienter und sparsamer Einsatz der natürlichen Ressourcen als Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Erhaltung der Umwelt sowie gleichzeitig auch als Kosten- und Standortvorteil für das Land im internationalen Wettbewerb.

Angestrebt wird ferner 2017 die Auslotung von weiteren Kooperationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene mit Großschutzgebieten wie Biosphärenreservaten und Naturparks. Erstmals strebt das MULE auf europäischer Ebene die Anpassung von Standards in der Tierhaltung an. Hier sollen 2017 entsprechende Initiativen vorbereitet und umgesetzt werden.

Die Senkung der Treibhausgas-Emissionen, die Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Anpassung an den Klimawandel als Kernziele bei der Umsetzung der europäischen Klimapolitik sowie des Landesklimaschutzprogramms stehen 2017 weiterhin auf der Agenda. Hierbei stehen konkret eine stärkere Koordinierung und Harmonisierung der nationalen bzw. regionalen Energiemärkte, ein bedarfsgerechter europäischer Netzausbau und Stromaustausch sowie ein umweltgerechter und kosteneffizienter Emissionshandel als prioritäre Aspekte der europäischen Energieunion sowie des Landesenergiekonzeptes im Fokus des Interesses. Es handelt sich hier um einen fortlaufenden Prozess auf Bundes- und EU-Ebene bzw. um Forschungsvorhaben, die noch der weiteren Konkretisierung bedürfen.

Auf dem Gebiet der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) wurde am 8./9. September 2016 in Frankreich das erste EU-weite Seminar für Experten der Mitgliedstaaten durchgeführt. Neunzig Teilnehmer aus 22 Ländern haben Konzepte, Strategien und die Umsetzung von AUKM diskutiert. Aus Deutschland waren das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Hessen und Sachsen-Anhalt vertreten. Das Netzwerk soll fest etabliert und die fachliche Diskussion fortgesetzt werden. Das MULE wird sich auch 2017 aktiv an der Diskussion beteiligen und in dem Netzwerk mitwirken.

Im Januar 2017 findet in Magdeburg und Berlin ein GAP-Sprachkurs mit hohen Beamten aus den EU-Mitgliedstaaten mit dem fachlichen Schwerpunkt EU-Agrarpolitik statt. Der von der Bundesregierung (Auswärtiges Amt in Verbindung mit dem Goethe-Institut München) vollfinanzierte Sprachkurs trägt dazu bei, die Rolle Sachsens-Anhalts in Europa unter dem Gesichtspunkt der Agrarpolitik zu verdeutlichen.

III.9 Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Innovation

Mit der 2014 beschlossenen Regionalen Innovationsstrategie (RIS) leistet Sachsen-Anhalt einen Beitrag zur Umsetzung der europäischen Strategie der Intelligenten Spezialisierung (Smart Specialisation). Der Umsetzungsprozess der Roadmaps der Leitmärkte der RIS wird 2017 fortgesetzt. Es handelt sich um Projekte mit überregionaler und europäischer Bedeutung.

Mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien werden zudem leitmarktübergreifend industriepolitische Themen der Europäischen Union umgesetzt. Hierzu gehört das Thema „Advanced Manufacturing“ (fortschrittliche Produktionsmethoden). Im Aufbau begriffen ist ein landesweites Partnernetzwerk zu Wirtschaft 4.0. Das Land unterstützt zudem die Antragstellung eines Konsortiums aus Sachsen-Anhalt für ein „Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum“ der Bundesregierung. Ziel ist es, hierfür auch europäische Programme und Vorhaben, wie die Digital Innovation Hubs (DIH), zu nutzen und sich an entsprechenden Wettbewerben zu beteiligen.

Mit dem Ziel der verstärkten Einbindung der RIS in den europäischen Kontext, der Umsetzung europäischer Vorgaben sowie der europaweiten Vernetzung ist das Land Sachsen-Anhalt aktives Mitglied der S3-Plattform der Europäischen Kommission. Der Austausch erfolgt im Rahmen der EU-weiten Smart-Specialisation-Strategie (S3). Zur Plattform mit Sitz in Sevilla bestehen Arbeitskontakte, die u. a. zur Teilnahme an Smart-Specialisation-Veranstaltungen und zum Austausch mit anderen Regionen genutzt werden. Im Zusammenhang mit der RIS werden für das Jahr 2017 je eine Veranstaltung zum Thema „Smart Specialisation“ und „Advanced Manufacturing“ (Industrie 4.0) in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel konzipiert. Zudem beteiligt sich Sachsen-Anhalt am INTERREG-Projekt „Beyond EDP“ (Entrepreneurial Discovery Process). Dies geschieht in enger Rückkopplung mit den Leitmärkten der RIS.

Wissens- und Technologietransfer

Der europäische Austausch erfolgt über die internationalen Kontakte im Rahmen der Regionalen Innovationsstrategie. Die Beteiligung von Unternehmen an europäischen Programmen wird entsprechend in den Leitmärkten thematisiert. Über die Teilnahme der Beratungsnetzwerke an der Leitmarkt- und Arbeitsgruppenarbeit erfolgt ein permanenter Informationsfluss zu europäischen Aktivitäten und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Mitgliedschaft Sachsen-Anhalts im Netzwerk der europäischen Forschungsregionen ERRIN wird entsprechend genutzt. Bei der Gewinnung von Unternehmen für Projektentwicklungs-

workshops von ERRIN erfolgt zudem eine Zusammenarbeit mit den sachsen-anhaltischen Unterstützungsnetzwerken Enterprise Europe Network, EU Service-Agentur und EU-Hochschulnetzwerk. Aktuell wird eine Beteiligung von Unternehmen am HORIZON-Programm Energie im Jahr 2017 vorbereitet.

EU-Binnenmarkt

Aus landespolitischer Sicht wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, die Binnenmarktstrategie gemeinsam mit allen Akteuren nach Kräften zu unterstützen bzw. umzusetzen.

Um die mit dem Central Digital Gateway angestrebten Serviceleistungen zu erreichen, soll auch der 2009 als ein weiterer Baustein zur Vertiefung des Binnenmarkts im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLRL) als Stabsstelle im Landesverwaltungsamt eingerichtete Einheitliche Ansprechpartner (EA) weiterentwickelt werden. Durch die Novellierung der EU-Berufsanerkenntnisrichtlinie durch die Richtlinie 2013/55/EU ist der EA mit Wirkung ab dem 18. Januar 2016 nicht mehr nur Vermittler zwischen den Unternehmen, Gründungs- und Niederlassungswilligen und Behörden, sondern zusätzlich Dienstleister für die Vermittlung zwischen Anerkennung Suchenden und den dafür zuständigen Stellen.

Die Entwicklung des EA-Systems ist somit ein dynamischer Prozess und folgerichtig streben derzeit EU-Kommission und Mitgliedstaaten den „Einheitlichen Ansprechpartner der zweiten Generation“ (EA 2.0) an, bei dem Unternehmen und zunehmend auch Bürgerinnen und Bürger in Zukunft alle in Frage kommenden Verwaltungsverfahren zentral und elektronisch abwickeln können. Inhaltlich konzipiert und vorbereitet wird die hierfür erforderliche Modernisierung der EA durch das gemeinsame Bund-Länder-Projekt EA 2.0 mit einer Laufzeit bis Ende 2017. Die Projektarbeit erfolgt durch modulare Arbeitsgruppen. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung wirkt in diesem Projekt aktiv mit und nimmt auch die hierzu notwendigen Abstimmungen mit anderen Ressorts und Akteuren in Sachsen-Anhalt vor.

Digitale Agenda

Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung erarbeitet derzeit eine Digitale Agenda für das Land Sachsen-Anhalt und wird dabei alle Fachministerien, die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, Kammern und Verbände sowie die Zivilgesellschaft in einem Dialogprozess einbeziehen. Die „europäische Dimension“ (u. a. Rechtset-

zung/Regulierung, Binnenmarktaspekte, Erfahrungen aus anderen EU-Staaten etc.) wird dabei umfassend berücksichtigt.

Folgende Abschnitte der Digitalen Agenda haben einen expliziten Europa-Bezug:

- Ausbau der digitalen Infrastruktur unter Beachtung der Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau. Der Ausbau des schnellen Internets (mindestens 50 Mbit/s) wird in der aktuellen Strukturfondsperiode aus Mitteln des ELER (70 Mio. Euro) und des EFRE (40 Mio. Euro) finanziert;
- Mitwirkung am 5G-Netzausbau (Mobilfunk);
- Ausschöpfung der Synergiepotenziale bei der Planung der Infrastruktur im Sinne der EU-Kostensenkungsrichtlinie;
- Anwendung der nationalen Telekommunikationsvorschriften in Ratifizierung der EU-Regelungen, u. a. zur Netzneutralität, zur Technologieneutralität, zum Urheberrecht und dem Datenschutz;
- Unterstützung von IKT-Unternehmen, die online-Anwendungen und online-Plattformen für einen grenzüberschreitenden Markt herstellen.

Im Rahmen eines EU-Förderprogramms soll die Internetanbindung von Kommunen – und hier insbesondere von solchen mit touristischen Anziehungspunkten – durch Errichtung von öffentlichen WLAN-Hotspots (u. a. WiFi4EU) gefördert werden. Die Erschließung mit WLAN-Hotspots ist ein Beitrag zur Erfüllung der Breitbandstrategie und stellt sicher, dass Bürgerinnen und Bürger, die über keinen privaten Internetzugang verfügen, sowie Gäste e-Government-Angebote und sonstige elektronische Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung unterstützt bereits jetzt lokale Pilotprojekte, um mit den gewonnenen Erfahrungen die Kommunen zügig zur Antragstellung und technischen Umsetzung von öffentlichen WLAN-Projekten informieren und beraten zu können.

Außenwirtschaft

Der Außenhandel hat sich in Sachsen-Anhalt in den zurückliegenden Jahren trotz Krisen und globalen Turbulenzen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Dieser positive Trend muss auch im nächsten Jahr weiter verfestigt werden.

Die Landesregierung setzt die Strategie fort, die Außenwirtschaft Sachsens-Anhalts nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln. Grundlage dafür bleibt das Außenwirtschafts-

konzept des Landes. Insbesondere die neuen thematischen Ausrichtungen des jährlich stattfindenden Außenwirtschaftstages sowie das erfolgreich etablierte Format der thematischen Außenwirtschaftsworkshops im Lande geben neue Impulse für das außenwirtschaftliche Engagement der Unternehmen und Institutionen des Landes. Diese Maßnahmen wie auch die bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung werden künftig weiter entwickelt und den aktuellen Erfordernissen angepasst. Dabei bildet der Außenwirtschaftsbeirat das zentrale Abstimmungs- und Koordinierungsgremium. Dieser hat für 2017 neben der Durchführung des Außenwirtschaftstages Sachsen-Anhalt Delegationsreisen nach China, Kasachstan, Russland, in den Iran sowie nach Kuba vorgeschlagen.

Standort- und Tourismusmarketing

Im Auftrag des Landes führt die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH im Jahr 2017 in den folgenden Ländern und mit den nachfolgenden thematischen Schwerpunkten die bestehende Vermarktung fort:

- Niederlande: Aktivthemen (Rad und Wandern), Reformationsjubiläum sowie UNESCO-Welterbe und Städtereisen;
- Großbritannien (in Kooperation mit Sachsen und Thüringen): Kultur- und Städtereisen;
- USA: Luther 2017 (bzw. langfristige Positionierung des Themas Luther und Reformation) und Bauhaus;
- Skandinavien (Dänemark, Schweden): Aktivthemen (Rad und Wandern), Reformationsjubiläum und Bauhaus;
- Südkorea: Reformationsjubiläum (bzw. langfristige Positionierung des Themas Luther und Reformation);
- Österreich und Schweiz (über Kooperation Stadtsprung): Kultur- und Städtereisen.

Im Jahr 2017 findet in Astana (Kasachstan) die EXPO 2017 unter dem Schlüsselthema „Future Energy – Bewahrung und Gestaltung unseres Planeten“ statt. Im Rahmen des durch das Bundeswirtschaftsministerium beauftragten Konzepts für den deutschen Pavillon ist auch eine einheitliche Länderpräsentation vorgesehen. Die inhaltliche Koordination des Landesbeitrags erfolgt unter Federführung des MW und in Abstimmung mit dem MULE und der Investitions- und Marketinggesellschaft.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit

Unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sind in den bislang erfolgten zwei Ausschreibungsrunden im Programm INTERREG Central Europe das Projekt „ChemMultimodal“ sowie im Programm INTERREG Europe das Projekt „S3 Chem“ eingereicht und genehmigt worden.

Das Projekt „S3 Chem“ ist zweiphasig ausgestaltet und hat in der Kooperationsphase eine Laufzeit vom 1. April 2016 bis 31. März 2019. Die Pilotierungsphase dauert vom 1. April 2019 bis 31. März 2021. Zielsetzung des Projektes ist es, die Umsetzung der RIS mit dem Fokus auf chemierelevante Themen im Rahmen eines interregionalen Erfahrungsaustausches zwischen öffentlichen Verwaltungen von mehreren Chemieregionen zu verbessern. 2017 steht die Analyse des Umsetzungsprozesses der jeweiligen RIS in den beteiligten Regionen auf der Agenda.

Das Projekt „ChemMultimodal“ hat eine Laufzeit vom 1. Juni 2016 bis 31. Mai 2019. Inhaltlich steht die Förderung des multimodalen Transports chemischer Güter durch Koordination und Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Chemieunternehmen, spezialisierten Logistikdienstleistern, Terminalbetreibern und Behörden in Chemieregionen Mitteleuropas im Fokus der Projektarbeit.

Weitere Akteure aus dem Land haben sich ebenfalls im Rahmen der ersten beiden Ausschreibungsrunden mit Projektideen beteiligt. Über die einzelnen Projekte der zweiten Runde wird nicht vor Frühjahr 2017 entschieden.

Bei den potenziellen Projektträgern außerhalb der Landesverwaltung ist von weiterhin großem Interesse auszugehen, transnationale sowie interregionale Projekte im Rahmen der beiden genannten Programme zu initiieren, zu entwickeln und durchzuführen. Es werden daher regelmäßig Beratungsveranstaltungen durch die koordinierenden Stellen der Landesverwaltung entwickelt und durchgeführt, deren Adressaten sowohl potenzielle Antragsteller (Lead Partner) als auch Projektpartner sind, die sich in europäische Kooperationen im Rahmen von INTERREG einbringen möchten.

Europäische Kooperationsnetzwerke

ECRN

Das Europäische Chemieregionennetzwerk (ECRN) befindet sich im Wandel. Den Vorsitz des Präsidiums hat in 2016 die Region Lombardei (Italien) übernommen. Außerdem wird das Netzwerksekretariat in Brüssel personell umstrukturiert. Neben einer Debatte zur Neuausrichtung der Arbeitsweise wird ECRN im Jahr 2017 von einem wichtigen Diskurs

zur Konzentration auf die relevanten Themen der Vertretung chemiepolitischer Interessen geprägt sein. In diesen Diskurs wird sich MW als Vertretung Sachsen-Anhalts im Netzwerk einbringen.

Vanguard-Initiative

Diese Initiative zielt auf die Stärkung von regionalen Wirtschafts- und Forschungsakteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch interregionale Projekte zur intelligenten Spezialisierung in technologischen Zukunftsfeldern ab. Im Vordergrund stehen innovative Pilotvorhaben unter Beteiligung von Akteuren der Industrie. MW prüft derzeit gemeinsam mit der Landesvertretung in Brüssel die Beteiligungsmöglichkeiten zur Erlangung eines nutzbaren Mehrwerts für das Land im Rahmen der Vanguard-Initiative. Es erfolgten Kontaktaufnahmen mit potenziellen Akteuren im Land, um auf den aktuellen Stand der einzelnen als relevant eingestuften Pilotvorhaben aufmerksam zu machen und Möglichkeiten für eine Beteiligung zu eruieren. Das erste gezeigte Interesse insbesondere von Seiten der Hochschul- und Forschungseinrichtungen des Landes könnte auf eine mögliche Beteiligung an der Initiative bzw. einzelnen Vorhaben schließen lassen.

Hochschulen

Internationalisierung bleibt auch 2017 eine Querschnittsaufgabe von zentraler Bedeutung für die sachsen-anhaltischen Hochschulen. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Hochschulen bei ihren internationalen Aktivitäten zu unterstützen. Zu diesem Zweck werden über den ESF von 2016 bis 2021 Fördermittel bereitgestellt, mit denen sechs neue Graduiertenschulen an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg eingerichtet werden sollen. Ein Großteil der über Stipendien geförderten Doktoranden soll dabei aus dem Ausland angeworben werden; für die Doktoranden sind außerdem diverse Auslandsaufenthalte vorgesehen. Da die Graduiertenschulen in den thematischen Schwerpunktbereichen der beiden Universitäten angesiedelt sind, wird sich die internationale Vernetzung auf wissenschaftlich hohem Niveau in wichtigen Themenfeldern verstärken. Besonders begabten jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern kann auf diese Weise zumindest zeitweilig eine Bleibeperspektive eröffnet werden, die weitere Forschungsaktivitäten im Land ermöglicht. Auch für die Unternehmen der Region kann dies einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil bedeuten. Erklärtes Ziel ist es zudem, die Drittmittelakquise durch die Beteiligung an nationalen und internationalen Förderprogrammen zu stärken.

Des Weiteren soll mit Hilfe der ESF-Fördermittel von 2016 bis 2021 ein neues Forschungsnetzwerk zwischen biomedizinischen Forschern der Martin-Luther-Universität

Halle-Wittenberg und weltweit führenden Forschungseinrichtungen aus Oxford (Großbritannien) aufgebaut werden. Die in diesem Zusammenhang geplanten Maßnahmen reichen von mehrmonatigen Forschungspraktika über eine Lecture-Serie, längerfristige Austausche, gemeinsame Symposien bis zur Einrichtung einer biomedizinisch forschenden Nachwuchsgruppe. Bereits bestehende erfolgreiche Kontakte werden damit in ein dauerhaftes Netzwerk mit einem koordinierten Austausch von Forschern aus Halle (Saale) und Oxford überführt; die Zusammenarbeit wird ausgebaut und auf eine belastbare Basis gestellt.

Weiterhin werden auch die im Hochschul- bzw. Wissenschaftsbereich bestehenden Kontakte zu Armenien fortgeführt; dies gilt beispielsweise für das bereits seit mehreren Jahren ausgelobte und erfolgreiche zwölfmonatige Stipendium für eine armenische Studierende/Doktorandin bzw. einen armenischen Studierenden/Doktoranden. Hochschul- und Wissenschaftskontakte zu Armenien werden von Kontakten auf politischer Ebene ergänzt und abgerundet.

Für die Integration von Flüchtlingen werden von 2015 bis 2018 insgesamt 4,7 Mio. Euro bereitgestellt, davon 1,5 Mio. Euro für verschiedene Integrationsmaßnahmen, die die Hochschulen 2017 durchführen. Unabhängig davon, ob diese Flüchtlinge nach ihrem Studium in Sachsen-Anhalt eine Arbeitsstelle antreten oder in ihre Heimatländer zurückkehren, werden sie dazu beitragen, die internationale Vernetzung auf einem hoch qualifizierten Niveau weiter zu steigern und zu intensivieren.